

## Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

12.05.2020 Drucksache 18/7819

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Corona-Schutzausrüstung für Rettungsorganisationen und Pflegeeinrichtungen muss finanziert werden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Finanzierung von persönlicher Schutzausrüstung (PSA) gegen eine Infektion mit SARS-CoV-2 für die Mitarbeitenden in den Rettungsdiensten, der Pflege und den sozialen Diensten unverzüglich sicherzustellen. Dafür übernimmt der Freistaat Bayern entweder selbst die Kosten, oder die Staatsregierung erwirkt eine zuverlässige Kostenübernahme bei den Kranken- oder Pflegeversicherungen.

## Begründung:

Der Freistaat Bayern kann eine quantitativ und qualitativ ausreichende Beschaffung von PSA nicht sicherstellen. Daher haben die bayerischen Hilfsorganisationen Malteser, Johanniter, Bayerisches Rotes Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Bund in einer beispiellosen Aktion begonnen, eine zentrale Beschaffung von Schutzmaterial zu organisieren.

Dies ist mit hohen finanziellen Investitionen verbunden, da vor allem zu Beginn von einem sehr viel höherem Materialaufwand als unter normalen Umständen ausgegangen wurde und auch die Materialkosten explodierten. Auch perspektivisch übersteigen die dadurch anfallenden Kosten auf Dauer die liquiden Mittel aller Hilfsorganisationen.

Aktuell befinden sich die Hilfsorganisationen in Gesprächen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und den Krankenkassen, um eine Finanzierung der bisher bestellten Materialien und eine Liquiditätsunterstützung für die noch zu bestellenden Schutzgüter zu erwirken. Jede weitere Verzögerung einer klaren Finanzierungszusage entweder durch den Freistaat oder die Krankenkassen bedeutet für die Hilfsorganisationen und ihre Dienste im Land eine Unsicherheit. Es kann nicht sein, dass die Hilfsorganisationen auf Dauer mit Mitgliedsbeiträgen das Risiko der zentralen Beschaffung von PSA abdecken.